

Die wehrhaften Alten sind die Zukunft der Jungen!

Mit diesem Text wurden alle Bundestagsabgeordneten angeschrieben und um Unterstützung gebeten. Wir werden zu gegebener Zeit über die Reaktionen berichten.

Sehr geehrte(r),

schon in der Unterrichtung der Bundesregierung zur gesetzlichen Rentenversicherung in der Drucksache 17/11740 vom 29.11.2012 wurde über die Ein- und Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung falsch berichtet. Wir wendeten uns damals mit einem „offenen Brief“ an alle Bundestagsabgeordneten des 17. Deutschen Bundestages. Die Reaktion zeigte ein großes Desinteresse der Abgeordneten.

Da wir davon ausgehen, dass wir im 18. Deutschen Bundestag nicht wesentlich mehr Interesse vorfinden, haben wir uns entschlossen, gegen die gleiche falsche Darstellung der Ein- und Ausgaben im Rentenversicherungsbericht 2013 des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft Berlin zu stellen. Die Anzeige stellen wir Ihnen im Anhang dieser Mail zur Verfügung.

Die Anzeige stellt eine, über ein halbes Jahrhundert, groteske Rechtssituation im Rentenrecht dar, die kein informierter „Normalbürger“ mehr nachvollziehen, begreifen oder gar akzeptieren kann. Nach unserem Rechts- und Gerechtigkeitsempfinden zeigt die Anzeige auch auf, wie über die Gesetzgebung offensichtliches Unrecht zu gültigem Recht wird und damit die solidarischen Sozialversicherungen ganz legal geplündert werden können. Dies ist für uns ein gesetzlich organisierter und legalisierter Versicherungsbetrug der formaljuristisch rechtens, aber mit Gerechtigkeit nichts mehr zu tun hat.

Dieser Rechtszustand ist möglich, weil die Verantwortlichen in den Staatsorganen, welche die entsprechenden Gesetze beschließen, anwenden und gegebenenfalls ihre Rechtmäßigkeit überprüfen selbst Interessensgruppen bilden und davon profitieren, dass sie sich in Parallelsystemen eigene und bessere Versorgungssysteme schaffen. Damit werden in unserem Land die Bürgerinnen und Bürger noch immer auf Grund ihres Standes in solidarisch und unsolidarisch Versicherte eingeteilt, was zur Spaltung unserer Gesellschaft führt mit allen Konsequenzen.

Um die Altersversorgung in Zukunft gerechter zu gestalten, bitten wir Sie, unsere Anzeige politisch zu unterstützen und sich dafür einzusetzen, dass die Altersversorgung in Deutschland einheitlich für ALLE geregelt wird. Uns ist bewusst, dass es dafür eines Bundestags bedarf der in seiner Mehrheit aus Volksvertretern und nicht aus Lobbyistenvertretern bestehen muss. Wir glauben, dass der 18. Deutsche Bundestag mit seinen neuen Mehrheiten diesem Anspruch gerecht werden kann, sofern der politische Wille vorhanden ist.

Die Menschen sind nicht alle gleich, aber sie haben ein Recht auf gleiche Behandlung.